

Marktwirtschaft

In der Frühgeschichte der Menschheit bildeten sich autarke Einheiten, möglicherweise das was wir heute Großfamilie nennen würden. In diesen Gruppen wurden alle Bedürfnisse befriedigt. Jede Gruppe erzeugte, sammelte und jagte für den eigenen Bedarf selbst. Die Überwindung der Autarkie durch die Arbeitsteilung war ein gigantischer Fortschritt. Sie war die Voraussetzung für die soziale Evolution, die Voraussetzung für die Entwicklung von den Anfängen des Wohlstands. Der Tausch der gegenseitigen Leistungen und die Bewertung der Relativität der Leistungen führt(e) zur Überforderung der Kontrahenten insbesondere bei der Erweiterung des Tauschkreises. Solche Situationen führen zwangsläufig zum Entstehen eines Marktes, man kann sagen:

Voraussetzung für den Erfolg der Arbeitsteilung war ein funktionierender Markt.

Um am Markt handeln zu können, müssen Produkte und Leistungen bewertet werden. Dazu dient der Preis, der sich am Markt durch und bei Ausgleich von Angebot und Nachfrage bildet. Das führte zwangsläufig zur Entstehung des Geldes, das am Anfang aus Muschelschalen bestand. Damit der Markt funktionieren kann, muß er einerseits frei von Reglementierungen und Eingriffen sein, andererseits braucht er Spielregeln, Rahmenbedingungen, deren konsequente Einhaltung durchgesetzt werden muß. Die optimal justierte Balance zwischen Regeln und Freiheit ist die Voraussetzung für den maximal möglichen volkswirtschaftlichen Nutzen.

Einerseits gibt es keinen Menschen, der einem anderen genetisch gleich ist. Fingerabdrücke sind dafür ein äußeres Merkmal. Die Kinder eines Elternpaares sind nicht genetisch gleich. Selbst bei eineiigen Zwillingen gibt es noch genetische Unterschiede. Andererseits sind unsere Gene, trotz aller Differenzen im Detail, die Ursache des lebenserhaltenden Egoismus der Individuen und dienen damit dem Erhalt und der Weiterentwicklung der Art. Grundsätzlich ist festzuhalten, die Gene steuern unsere Motivation, sie sind Antrieb unseres Handelns, die Kultur macht unser motivationsbedingtes Handeln sozialverträglich, oder soll es sozialverträglich machen. Das Gesetz des Marktes ist Interessenausgleich, und zwar nicht so, wie man ihn gerne hätte, sondern wie Interessenausgleich möglich ist. Wer von der Diktatur des Marktes spricht, beweist, dass er den Zusammenhang nicht verstanden hat.

Es ist nicht einfach zu verstehen, was der Markt für die Gesellschaft leistet und wie er funktioniert. Noch schwerer scheint es zu sein, die Bedeutung der „Wirtschaft“ im Markt zu verstehen. Meiner Erinnerung nach war es 2007 als Jugendliche am Berliner Reichstagsgebäude den Schriftzug „Dem Deutschen Volke“ überdeckten mit einem Transparent „der deutschen Wirtschaft.“ Durch welche Einflüsse kommen junge Menschen zu einer solchen Sicht? Was wäre das deutsche Volk ohne Wirtschaft? Die deutsche Bevölkerung, die Menschen sind die Wirtschaft! Es liegt im Interesse aller Menschen, daß die Wirtschaft prosperiert. Dafür trägt der Bundestag Mitverantwortung. Es ist falsch, je nach Bedarf die Wirtschaft zu belasten. Die Politik muss den Umweg gehen, erst die Wirtschaft stärken und erst

aus dem Ergebnis soziale Leistungen verbessern bzw. andere Vorhaben in Angriff nehmen. Wieso ist es möglich, daß junge Menschen in der Wirtschaft eine feindliche Kraft sehen. Darüber sollten alle nachdenken, die für Bildung und Ausbildung Verantwortung tragen, dazu gehören auch die Medien. Die Schlussfolgerung liegt nahe, daß ein großer Kreis von Menschen, unabhängig vom Alter, so denkt und dass das viele Bereiche betrifft, was zu Fehlurteilen und zu Fehlentscheidungen führt.

Marktwirtschaft wird oft verkannt, als ein System neben weiteren möglichen Systemen zur Gestaltung einer Volkswirtschaft. Der Markt ist jedoch das System, das optimal mit unseren Genen übereinstimmt. Unsere Gene und Marktwirtschaft als Kultur bilden eine Symbiose. Deshalb hat jeder Eingriff, auch der gut Gemeinte, in das System Markt negative Folgen.

Genau, wie ein Fußballspiel in Regeln ablaufen muss, braucht der Markt seine Marktordnung. So wie der Fußball Linien- und Schiedsrichter mit der Macht zur Ahndung der Übertretung braucht, müssen dafür eingesetzte staatlich legitimierte Organe Übertretungen korrigieren und ahnden können und auch müssen. Aber sowenig, wie der Schiedsrichter spielgestaltend wirken darf, sowenig darf der Staat, bei ordnungsgerechtem Verhalten der Marktteilnehmer, in den Markt eingreifen.

Damit Marktwirtschaft sozialverträglich ist, ist es Aufgabe der Legislative, dem Markt den Rahmen, die Spielregeln vorzugeben, in denen das Streben nach persönlichem Wohlstand auch zu Gemeinnutz führt und Wohlstand für den Einzelnen auch erreichbar ist. Der vom Gesetzgeber dem Markt vorgegebene Rahmen muss sich am Interesse der Menschen in ihrer Gesamtheit orientieren und muß ausschließen, daß sich Partikularinteressen durchsetzen können, auch nicht mit Hilfe von Sondererlaubnissen durch Regierungen, EU-Institutionen oder initiiert von Verbänden. Jeder Eingriff von Außen stört die natürliche Entwicklung des Marktes.

Rahmenbedingungen dürfen nicht verwechselt werden mit Marktregulierungen bzw. Markteingriffen durch wen auch immer. Markteingriffe sind die Verhinderung des Interessenausgleichs. Das Primat der Politik hat dort seine Grenze, wo damit die Marktgesetze verletzt werden. Gegen das Marktverhalten der Summe aller Individuen kann nicht Politik betrieben werden. Wo es trotzdem versucht wird, bildet sich je nach Druckstärke mehr oder weniger zeitlich versetzt, nach dem Eingriff, grauer oder schwarzer Markt. In solchen Zeiten sind immer die sozial Schwachen die Benachteiligten. Der Markt ist immer der Stärkere. Z.B.

1945 – bis zur Einführung der DM im Sommer 1948 war der schwarze Markt ein wesentlicher Bestandteil der Volkswirtschaft. Neben der RM wurde die Zigarette quasi eine Zweitwährung. Der Anteil der Raucher an der Gesamtbevölkerung war wesentlich größer als heute, aber auch Nichtraucher

akzeptierten die Zigarette als Zahlungsmittel in der Gewissheit sie anstatt Geld nutzen zu können.

1 Stange = 10 Packungen a 20 Zigaretten kosteten 800.- RM (Reichsmark) = 4.- RM je Zigarette.

1 Packung kostete 100.- RM = 5.- RM je Zigarette, 6.- RM jede Einzelne.
250 Gr. Butter kosteten mit Lebensmittelkarte 1.80 RM, ohne 250.- RM usw.

Am Schwarzmarkt war fast alles zu beschaffen. Nichtraucher waren im Vorteil, weil jeder Erwachsene parallel zu den Lebensmittelkarten seine monatliche Zuteilung durch die Tabakwarenkarte erhielt.

Die Flucht vom Ort der Marktbehinderung ist ein ebenfalls genutzter Ausweg. Der Markt bleibt schlussendlich immer der Sieger. Dort wo Markt behindert wird, entstehen weitere Probleme, weil die Auseinandersetzung mit der Behinderung Kräfte und Ressourcen verschleißt. Eine besonders wichtige Rahmenbedingung ist, daß Marktteilnehmer nicht untereinander Absprachen zu Lasten von Dritten treffen dürfen, weil sie damit den Markt quasi außer Kraft setzen. Um das zu verhindern, haben wir heute das Kartellrecht und die gegebenenfalls sanktionierend eingreifende Kartellbehörde.

Die Gewinnorientierung der Unternehmen ist die Voraussetzung für die Spielräume bei und für soziale Leistungen. Soziale Leistungen werden finanziert aus dem durch unternehmerische Leistungen erwirtschafteten Bruttosozialprodukt. Es entsteht aus dem Zusammenwirken von unternehmerischer Kreativität mit Arbeitnehmern und Kapital. Jeder Unternehmer, der sich am Markt bewähren will und muß, braucht Mitarbeiter, die ihn auch ideell unterstützen, deshalb muß er sich entsprechend kooperativ verhalten, was gleiches Verhalten der Mitarbeiter voraussetzt. Der Markt besteht aus geben und nehmen zum Interessenausgleich, das betrifft auch das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Es ist jedoch nicht zu erwarten, daß die Balance der Interessen dem gleichkommt, was mit Verteilungsgerechtigkeit umschrieben wird. Objektiv gerecht ist das Ergebnis, das sich am freien Markt bildet. Subjektive Verteilungsgerechtigkeit, so wie sie von Teilen der Politik definiert wird, nimmt dem Markt die Funktionsfähigkeit, macht ihn zum Sumpf. Interessenausgleich ohne Markt ist Korruption, Filz. Der Motor der Evolution, das Motiv wirtschaftlichen Handels und Veränderens ist die Überwindung der Gleichheit, denn Gleichheit ist Stillstand. Evolution bedeutet Veränderung. Veränderung schafft Benachteiligte und Bevorteilte. Das muss ausgehalten werden. Die Alternative, Verzicht auf Fortschritt wäre verantwortungslos.

Schon vor ca. 250 Jahren erkannte Adam Smith, dass Unternehmen bzw. Unternehmer bei der Verfolgung eigener Ziele, gewollt oder ungewollt, auch dem Wohle der ganzen Gesellschaft dienen. Unternehmen können nur Gewinn erwirtschaften, wenn sie Bedürfnisse der Marktteilnehmer befriedigen.

Unternehmer haben keine davon abweichenden Handlungsspielräume. Wir können beinahe täglich beobachten, dass sich nicht marktgerecht verhaltende Unternehmen unverzüglich vom Markt bestraft werden. Der Markt ist der bestmögliche Koordinationsmechanismus für die Interessen aller. Parteien und Regierungen, die die Wirtschaft pflegen und unterstützen durch das Setzen der marktfördernden Rahmenbedingungen sind die Garanten für das Auskommen der sozial Schwachen. Parteien, die immer nur einsammeln wollen, was andere, oft sogar von ihnen behindert, erwirtschaftet haben, sind die Feinde der sozial Schwachen, weil sie mit ihrer Politik die Gewinnerwirtschaftung behindern, gelegentlich sogar verteufeln. Unverständlich ist, dass die marktwirtschaftlich orientierten Parteien diese Fakten nicht zur werbenden Aufklärung der sozial Schwachen nutzen und diese aus Unverständnis der Zusammenhänge gegen ihre Interessen sozialistische Parteien wählen.

Wenn der Markt beeinflusst wird, gelenkt wird, mit dem Ziel sich so zu verhalten, dass die Ansprüche an die Sozialkassen teilweise befriedigt werden durch die Marktteilnehmer, kann der Markt nicht funktionieren. Unternehmerisches Marktverhalten muß sich am Ziel der Weiterentwicklung und langfristigem Fortbestand des Unternehmens ausrichten. Das Sozialverhalten des Unternehmens muß sich diesem Ziel unterordnen. So dient es den Eignern und den Arbeitnehmern gleichermaßen. Die Verknüpfung von Marktwirtschaft und Sozialpolitik raubt der wirtschaftlichen Entwicklung ihre Dynamik. In Deutschland hat heute die Wirtschaft erhebliche Soziallasten zu tragen. Diese fließen ein in die Kalkulation und belasten die Angebotspreise, was die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beeinträchtigt und das Entstehen zusätzlicher Arbeitsplätze behindert. Hier entsteht auch große Ungerechtigkeit, wenn einerseits arbeits- und lohnintensive Betriebe und andererseits Arbeitnehmer unterhalb einer bestimmten Einkommensgrenze Lasten zu tragen haben, die die gesamte Gesellschaft betreffen.

Im Aufsatz Sozialversicherungskosten versuche ich Denkanstöße zur Lösung des Problems zu geben.

Lincoln sagte in einer Botschaft an die Amerikaner:

Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, indem ihr die Starken schwächt. Ihr werdet denen, die ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, nicht helfen, indem ihr die ruiniert, die sie bezahlen. Ihr werdet keine Brüderlichkeit schaffen, indem ihr Klassenhass schürt. Ihr werdet den Armen nicht helfen, indem ihr die Reichen ausmerzt. Ihr werdet mit Sicherheit Schwierigkeiten bekommen, wenn ihr mehr ausgibt, als ihr verdient. Ihr werdet kein Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten und keinen Enthusiasmus wecken, wenn ihr dem Einzelnen seine Initiative und seine Freiheit nehmt. Ihr könnt den Menschen nie auf Dauer helfen, wenn ihr für sie tut, was sie für sich tun sollten und könnten.

Niemals habe ich eine kürzere und prägnantere Zusammenfassung dessen gelesen, was nötig ist, um die Fehler der deutschen Sozialpolitik zu erkennen.

Adam Smith sagte sinngemäß, Nichts ist törichter, als etwas selbst herzustellen, was billiger gekauft werden kann. Das gilt sowohl für das einzelne Unternehmen

wie auch für die gesamte Volkswirtschaft. Leider hat sich diese Erkenntnis bis heute nur ungenügend durchgesetzt, sowohl bei Unternehmern als auch in der Politik. So verschlingt das Ignorieren im volkswirtschaftlichen Bereich jährlich Milliarden an unnötigen Subventionen und verursacht in der Wirtschaft vermeidbare Kosten.

Nach meiner Meinung ist der wichtigste Grundsatz allen wirtschaftspolitischen Handelns folgender:

Ausrichten muß sich Politik an den Interessen der Verbraucher. Nur unter dieser Definition lassen sich alle Menschen subsumieren und durch Entscheidungen jedweder Art gleich behandeln. Nur als Verbraucher dürfen und müssen sie Ziel politischen Handels sein. Das allein führt zu den sozialen Erfolgen, die wiederum Voraussetzung für den Erfolg von Regierungen und den wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen sind. Jede Pflege und Bevorzugung partieller Interessen und Gruppen stört schlussendlich den Wohlstand aller.

Alle sind Verbraucher, auch Fabriken, Banken, Handelsunternehmen, Verkehrsbetriebe, kulturelle Einrichtungen, usw. Sogenannte „ökonomische“ und andere nicht verbraucherorientierte Erwägungen, z.B. die sogenannte Industriepolitik, oder politische Unterstützung zur Bildung von sogenannten Globalplayern, sowie die Lenkung des Marktes durch Steuern oder gesetzliche Anordnungen, sind systemwidrige Eingriffe. Das schließt nicht aus, dass eine Regierung Ziele vorgibt, aber den Weg zum Ziel muss der Markt selbst finden dürfen.

Im Idealfall wird, durch eine die Motivation nicht bremsende Besteuerung, eine ausreichende Abschöpfung für die gemeinnützigen Aufgaben sichergestellt. Aufgabe, der das Marktgeschehen begleitenden Gesetze ist, eine Situation zu schaffen, wo das Marktverhalten und Gewinnstreben Wohlstand und Gemeinnutz fördert. Wichtig ist, daß zwischen den gesellschaftsrelevanten Gruppen sowohl über die Höhe der Besteuerung, als auch über die Verwendung der Steuereinnahmen ein möglichst hohes Maß an Übereinstimmung erstrebt und auch erreicht wird. So wird das Gewinnstreben des Einzelnen zum Vorteil der Gesamtheit. Z.Z. sind wir vom Idealzustand weit entfernt.

Der heilige Martin gab die Hälfte seines Mantels und wurde dafür heiliggesprochen. Heute sind jene die 50% ihres Einkommens abführen fast schon Geächtete, weil man ihnen die zweite Hälfte missgönnt, zuerst von denen, die mit der ersten Hälfte alimentiert werden. Zu bedenken ist aber auch, dass Staat und Wirtschaft quasi Wettbewerber um das gleiche Kapital sind.

Der Wohlstand einer Nation entsteht durch das möglichst optimale Zusammenfinden der Komponenten Arbeit, Kapital und Innovationskraft. Alle Kräfte müssen sich am Markt frei bewegen und immer wieder neu sortieren können. Sie dürfen nicht gelenkt, verplant, zielgeführt werden. Sie müssen dem Wettbewerb ausgeliefert sein. Wohlstand für alle, wie Erhard ihn wollte, entsteht nicht durch

den Staat, sondern durch die Leistung möglichst aller, das bedeutet jedes Einzelnen.

Seit Erhard hat sich die Interpretation des Begriffs „Soziale Marktwirtschaft“ gewandelt, sie ist diffus geworden. Soziale Marktwirtschaft bedeutet nicht, daß die Systematik des Marktes und seine Regeln den sozialen Bedürfnissen angepasst, oder gar untergeordnet werden können. Zu viele missdeuten den Begriff, durch ihr Verlangen das Marktgeschehen selbst müsse bereits sozial sein. Sie verlangen von den Marktteilnehmern bei ihren Entscheidungen auch dann sozialen Gesichtspunkten Priorität einzuräumen, wenn der Markt das nicht will und auch dann, wenn es zu betriebswirtschaftlichen und danach auch zu volkswirtschaftlichen Belastungen führt.

Den Theorien des Nobelpreisträgers Paul Krugman mag ich selten zustimmen. Aber eine Aussage seines im Juni 2010 dem „Cicero“ gewährten Interviews ist richtig: „Die grundsätzliche ökonomische Logik besagt, dass wir versuchen sollten, soziale Ziele möglichst erst dann zu erreichen, wenn die Märkte ihre Arbeit getan haben. Das heißt, nach dem die Märkte die nationalen Ressourcen effizient verteilt haben, nutzen wir Steuern und Transferleistungen, um denen zu helfen, die von den Märkten umgangen werden.“

Marktwirtschaft ist sozial, weil sie das einzige System ist, indem so viel Bruttosozialprodukt erwirtschaftet werden kann, daß die durch evolutionäre Weiterentwicklung sich zwar bildenden aber auch immer wieder auflösenden sozialen Belastungen (evolutionäre Staus) ausgeglichen werden können. Ludwig Erhard sagte: „Je freier die Wirtschaft, um so sozialer ist sie auch“. Rüstow und Eucken forderten einen starken Staat, der als Schiedsrichter über der Wirtschaft steht und über den Wettbewerb wacht. Wilhelm Röpke sagte sinngemäß, der moderne Staat respektiert die Freiheitsrechte innerhalb der von ihm gesetzten Ordnung.

Der mangelnde Konsens bezüglich dieser Notwendigkeit ist das größte Handicap der deutschen und vieler anderer Volkswirtschaften. Die Vielzahl der vom Gesetzgeber vorgenommenen Eingriffe vermindert die Effizienz der Volkswirtschaft erheblich. Ganze Bereiche, wie Agrarproduktion, Wohnungsbau, Arbeitsmarkt, Bergbau und in den letzten Jahren immer stärker durch falsche Rahmensetzung auch die Energie, sind vom Markt mehr oder weniger abgekoppelt. Es sind Problembereiche, weil dort der Markt entmachtet ist durch staatliche Lenkung. Immer wieder streut die Legislative durch nur scheinbar immaterielle gesetzliche Vorschriften revolvierend Sand in das Getriebe der Wirtschaft. Oft noch schlimmer hinsichtlich ihrer Wirkung sind die sogenannten Anreize und die Lenkungssteuern. Am Beispiel Energie will ich nachfolgend zeigen, wohin eine politische Lenkung eines Marktsegments führt.

Ein besonders raffiniertes Beispiel ist die Lenkung der Stromerzeugung hin zu den sogenannten erneuerbaren Energien. Hier hat man den Markt ausgehebelt, indem

man den Preis als Marktausgleichsmittel suspendiert hat, staatlich festgesetzte Erlöspreise für die Erzeuger verbunden mit 100%tiger Abnahmegarantie sind eine volkswirtschaftliche Katastrophe. Da die Bedarfsdeckung erfolgen muss, kann der Markt nicht ausweichen, das Marktergebnis wird zur Lüge. Im Markt wäre das Ergebnis günstiger für Bürger und Wirtschaft. Das berechtigte Ziel der Regierung war die notwendige Einschränkung des CO₂-Ausstoßes. Ordnungspolitisch korrekt ist es aber nur, wenn sich eine Regierung auf die Zielvorgabe beschränkt. Den betriebswirtschaftlich besten Weg zum Ziel müssen die involvierten Unternehmen, bzw. der Markt selbst finden und bestimmen dürfen. Nur dieses Verfahren führt zum

volkswirtschaftlichen Optimum. Die Regierung hat jedoch auch den Weg bestimmt. Mittlerweile ist der Weg zum Ziel mutiert.

Mit einigem Aufwand weckt der Staat Interesse für ein spezielles System der Energieerzeugung. Danach klinkt sich der Staat aus, indem er per Gesetz dem Verbraucher die fortlaufende Subvention des Produkts anlastet. Ist der Verbraucher ein Industriebetrieb, der die erhöhten Kosten nicht auf seine Kunden abwälzen kann, so mindert dies das Gewerbe- und Körperschaftssteueraufkommen. Im anderen Falle

mindern die Mehrausgaben für Strom die Kaufkraft der Bürger und die Investitionskraft der Unternehmen. Die weiteren bis heute daraus entstandenen Fehlentwicklungen sind beispielhaft für die volkswirtschaftlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Ordnungspolitik, sie sind u.a.:

1. Zuerst wurden Investoren mit einer 100%tigen Abnahmegarantie bei garantierten Festpreisen motiviert in eine vorgegebene Produktionsweise, Wind und Sonne, zu investieren. Die Investoren haben eine 20jährige Gewinn- und Abnahmegarantie. Windräder und Photovoltaikanlagen funktionieren für sie 20 Jahre lang wie eine eigene Gelddruckmaschine.
2. Im Bereich der erneuerbaren Energien soll es mittlerweile ca. 300 000 Beschäftigte geben. Diese Arbeitskräfte erhalten Lohn relativ zu ihrer Arbeitsleistung, aber sie erwirtschaften ihren Lohn nicht, sondern alle Stromverbraucher sind durch das EEG (Energieeinspeisegesetz) verpflichtet, diese Arbeitnehmer zu alimentieren. Solche Arbeitsplätze sind eine große volkswirtschaftliche Belastung. Nur Arbeitsplätze, die im Rahmen eines freien Marktgeschehens entstehen, sind eine volkswirtschaftliche Bereicherung.

Zum besseren Verständnis füge ich ein:

Steuerbare Energien sind Kohle, Gas, Uran, Öl, weil in ihnen Energie gespeichert ist, die jederzeit zeitlich steuerbar in Strom gewandelt werden kann. Nicht steuerbare Energien sind z.B. Wind und Sonne, weil deren Wandlung in Strom zeitlich nicht gesteuert werden kann.

3. Es gibt leider noch keine Aussicht auf betriebs- und volkswirtschaftlich

- verantwortbare Stromspeichermöglichkeiten, deshalb hat die bisherige zehnjährige Förderung nicht steuerbarer Energieerzeugung zu vermeidbaren Belastungen der Volkswirtschaft geführt und wird weitere Folgekosten erzeugen. (Siehe hierzu auch den Aufsatz: Strom und Politik)
4. Bis heute (Juni 2010) hat sich daraus ergeben, dass in Deutschland laut Eurostat z.B. 2009 die privaten Haushalte 51% und die Unternehmen 46% höhere Strompreise zahlten als z.B. in Frankreich. (Preise jeweils ohne Steuern). Nur auf Malta und in Irland sind die Strompreise noch höher als in Deutschland.

 5. Und wie ist es mit dem ursprünglichen Ziel, der CO₂-Reduzierung? In Deutschland liegt, bereinigt um die Differenzen bei der Einwohnerzahl und dem BSP, die CO₂-Emission ca. 50% höher als in Frankreich. Die Differenz zwischen Ziel und Ergebnis sollte, wenn es Regierung und Parlament nicht wachrüttelt, die Bevölkerung mobilisieren. (Quelle Eurostat) Weitere Angaben zu diesem Thema unter „Strom und Politik“

Wenn eine Lenkung in einem Segment der Volkswirtschaft im Sinne der Initiatoren erfolgreich verläuft, ist das Ergebnis immer eine Marktfälschung, der Markt wird gezwungen die Marktteilnehmer zu belügen. Offensichtlich wird unterstellt, daß der Staat, wenn er dem Markt Vorgaben macht, quasi normaler Marktteilnehmer sei wie jeder andere. Die Initiatoren des Eingriffs scheinen nicht zuerkennen, daß es sich um eine dirigistische Marktstörung handelt.

Der Markt ist intensiviert Demokratie. Die demokratische Kontrolle der Unternehmen geschieht durch deren Kunden. So ist sichergestellt, dass nur Betroffene wahlberechtigt sind und nicht, wie z.B. bei Volksentscheiden, Nichtbetroffene Entscheidungen mit beeinflussen können. Marktwirtschaft ist demokratische Feinabstimmung, die demokratische Kontrolle der Unternehmen geschieht durch das Kaufverhalten der Abnehmer ihrer Produkte und Leistungen. Eine der bedrohlichsten und dümmsten Forderungen ist „Demokratie darf nicht am Werkto enden“. Der dadurch in den Unternehmen entstehende Zielkonflikt würde die Ressourcen zerstören, die soziale Leistungen erst möglich machen. Eigner und Arbeitnehmer müssen den demokratischen Entscheidungen des Marktes Folge leisten. Ein freier Markt ist eine permanent tagende demokratische Veranstaltung. Markt ist Basisdemokratie, Mehrheiten können durch sich verändernde Kauf- und Investitionsentscheidungen täglich wechseln. Markt ist die Höchstform von Wirtschaftsdemokratie. Das Marktergebnis ist die Summe individueller Entscheidungen.

Der Markt ist ein natürliches Biotop. Jeder Eingriff, egal ob einfach oder weitgehend, auch eventuell nur kurzfristig, wird Schäden verursachen, die Jahre anhalten können, bis sie abgebaut sind. Viele der nationalen und internationalen

Probleme auf der ganzen Welt haben Ihre Ursache im Glauben, auch im Markt gäbe es ein Primat der Politik, quasi das Recht und/oder die Pflicht im Markt regulierend einzugreifen. Nur dort wo das Primat der Politik beschränkt ist auf die Regelsetzung, kann die Volkswirtschaft optimal reüssieren.

Ein beispielhafter Eingriff in ein Biotop:

An einem wunderschön gelegenen See gibt es Insekten, Frösche, Störche und die passende Pflanzenwelt. Die Frösche halten die Population der Insekten im Schach und die Störche die der Frösche. Da in der Umgebung hohe Arbeitslosigkeit herrscht, erhält ein Investor die Genehmigung am See eine Freizeit- und Hotelanlage zu errichten. Bald fühlen sich die Gäste durch das Quaken der Frösche gestört. Die Frösche werden abgefischt, die Störche wandern ab, und die Gäste werden von den Insekten vertrieben. Kultur gegen die Natur kann nicht funktionieren.

Oft wird gefordert, technologischer Fortschritt dürfe nicht zur Freisetzung von Arbeitskräften führen. Die Befolgung würde den Verzicht auf die Verbilligung der Produkte und Leistungen und Verzicht auf Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards bedeuten. Der gleiche Effekt wird erreicht, wenn der Vorteil aus Produktionssteigerungen durch Verkürzung der Arbeitszeit oder durch Lohnsteigerung verbraucht wird. Der seit 200 Jahren sich international ausweitende und immer schneller steigende Lebensstandard basiert auf der Nutzung des Fortschritts zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Nur dort wo der Fortschritt zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit genutzt wird, werden die Arbeitsplätze erhalten bleiben und neue entstehen, dort wo das Ergebnis des Fortschritts konsumiert wird, werden Arbeitsplätze verloren gehen. Bereits ca. Mitte des 19. Jahrhunderts wurde dies von dem Ökonomen William S. Jevons beschrieben. Effizienzgewinne fördern Wohlstand und damit zusätzliche Nachfrage.

Wir spornen Menschen zu Mehrleistungen an, durch die Möglichkeit damit auch mehr Geld zu verdienen. Das funktioniert nur so lange, wie sie das Geld ausgeben können, wie sie wollen. Dazu gehört auch der Kauf von Status Markierendem. Denn der aufwendigere Urlaub, das bessere Hotel, das teurere Kleid und Schmuck ist auch ein geschätztes Privileg genau wie das Einfamilienhaus, das Auto usw. Das alles schafft zusätzliche Arbeitsplätze und damit zusätzliche Kaufkraft.

1995 hatte die Gewerkschaft nach langem Kampf die 35 bzw. 37.5stundenwoche durchgesetzt. Ihr verkündetes Ziel war zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die vorhandene Arbeit auf mehr Köpfe zu verteilen. Da nicht jeder jede Arbeit verrichten kann, war das Scheitern vorhersehbar. Parallel zu dieser Zeit des gewerkschaftlichen Bemühens hatten sich die sowjetischen Satelliten befreit und öffneten Ihre Märkte gegenüber dem Westen, sodass die von der Arbeitszeitverkürzung betroffenen Unternehmen massenweise Arbeitsplätze nach Polen, in die Balkanländer aber auch in westliche Länder wie Portugal verlegen konnten. Hier hat gewerkschaftliche Borniertheit sehenden Auges in Deutschland

eine Arbeitsplatzvernichtungskampagne betrieben. Wenn man am Markt einen zu hohen Preis verlangt, platzt das Geschäft. Ein Teil der heutigen Langzeitarbeitslosen erinnert an diese gewerkschaftliche Torheit. Eine Arbeitszeitverkürzung um 12,5% bei vollem Lohnausgleich führt zu einer Lohnkostensteigerung von mehr als 14%. Wie reagierte der Markt auf ein solches Vorkommnis?

1. Ohne Verlagerung von Arbeitsplätzen verteuern sich die Produkte entsprechend. Soweit diese im Binnenmarkt von Endverbrauchern erworben werden, belasten sie alle Bürger, auch die mit verkürzter Arbeitszeit, die ja nicht mehr Lohn erhalten, sondern als Ersatz mehr Freizeit, ihre Kaufkraft sinkt durch die Preiserhöhung, die sie selbst ausgelöst haben, Arbeitsplätze gehen verloren.
2. Soweit es Investitionsgüter sind, verschlechtert sich die Wettbewerbssituation der Unternehmen sowohl am Binnenmarkt als auch im Export. Das führt zwangsläufig ebenfalls zu Arbeitsplatzabbau.
3. Die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer war aus deutscher Sicht die volkswirtschaftlich richtige Antwort. Die Importe der unter der Regie deutscher Unternehmen im Ausland hergestellten Produkte verhinderte eine deutliche Inflationssteigerung. Teilweise verbilligten sich Produkte und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Exporte wurde gerettet.
4. Das gewerkschaftliche Ziel verkehrte sich ins Gegenteil, der Arbeitsplatzsaldo war negativ.

Das Beispiel zeigt, dass alle Marktteilnehmer bei ihren Entscheidungen versuchen müssen, alle Folgen ihres Handelns vorauszusehen und abzuwägen. Das alles erinnert, und ist vergleichbar mit Schach. Das „Entscheidungennichtzuedenken“ ist möglicherweise das größte offenbar nicht lösbare Problem. Betroffen ist nicht nur der Markt, sondern auch Familien, Gemeinden, Unternehmen, Verbände und im Besonderen der Gesetzgeber. Wie oft reiben sich Regierungen die Augen, wenn sie nach gewisser Zeit die realen Gesamtfolgen eines neuen oder geänderten Gesetzes begutachten. Mal ist das Ziel erreicht, mal nicht, aber fast immer gibt es ungewollte Nebeneffekte, Positive und/oder Negative. Wenn dann nicht an der Wurzel repariert wird, sondern nur die Symptome, dann entwickelt sich Chaos.

Die von den Linksparteien verlangte Verteilungsgerechtigkeit ist nichts anderes als die jeweils nachträgliche Wiederaufhebung der Ergebnisse des Marktes. Markt kann nicht funktionieren, wenn vorher feststeht, daß seine Auswirkungen (Urteile) hinterher neutralisiert oder nivelliert werden. Der Motor der Wirtschaft ist das Gegenteil von Verteilungsgerechtigkeit. Verteilungsgerechtigkeit lähmt die Wirtschaft. Der ständige Kampf der Linksparteien gegen diese Selbstverständlichkeit schadet ihrer Klientel.

Auch Lohn für Arbeit kann nur sein, was der Arbeitgeber am Markt für die Leistung des Arbeitnehmers erzielen kann. Mindestlohn kann deshalb keine Antwort auf eine nicht bedarfsdeckende Entlohnung sein. Wenn die durch Mindestlohn entstehende

Verteuerung zur Nachfragereduzierung führt, ist das Ergebnis gar kein Lohn. Der „Aufstockung“ genannte staatliche Lohnzuschlag ist deshalb die bessere Lösung. Wenn ein Mensch sein Auskommen mit eigener Leistung nicht erwirtschaften kann, ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ihm zu helfen. Das allein dem zufälligen Arbeitgeber zuzumuten wäre ungerecht. Wenn es nicht gelingt, die Hauptschulabsolventen besser zu qualifizieren, wird die Zahl der Aufstocker langfristig steigen, weil durch den technologischen Fortschritt die Ansprüche an die Qualifikation der Mitarbeiter stetig steigen wird. Die Minderqualifizierten können nur in dem Rahmen Beschäftigungen finden und entlohnt werden, den Verbraucher mit ihren Preisvorstellungen am Markt vorgeben. Damit Bürger ohne eigenes Einkommen Geld für ihren Lebensunterhalt von der Gesellschaft erhalten können, müssen andere mehr arbeiten, mehr leisten. Nur dadurch entsteht die Transfermöglichkeit. Ein Problem bei der Aufstockung ist die Missbrauchsanfälligkeit. Hier fehlt noch ein wirksam vorbeugendes Mittel.

Unternehmer, Vorstände, Geschäftsführer, können am Markt nur eine einzige Funktion haben, die des Moderators zwischen den Marktkräften. Das sind einerseits die Verbraucher und Nutzer von Konsumgütern, Produkten usw., andererseits die alles erzeugenden und leistenden Arbeitskräfte einschließlich der Zulieferer, auch die aus fremden Märkten. Der Moderator muss den Interessenausgleich schaffen. Gelingt ihm dies, hat er zufriedene Kunden und Arbeitnehmer und ein prosperierendes Unternehmen. Gelingt ihm dies nicht, bestraft ihn der Markt, evtl. bis zum Konkurs. Markt ist der Punkt, an dem der Interessenausgleich stattfindet. Marktwirtschaft ist die Ordnungspolitik, die dies gewährleistet. Politik, die Markt behindert, schadet allen. Scheinbare Erfolge durch Markteingriffe der Politik sind immer Strohfeuer mit oft großen Folgeschäden.

Arbeitsplätze werden auch von einer weiteren sehr hilfreichen Funktion des Marktes geschaffen. Der Markt ist auch Informationsplatz. Neue Bedürfnisse werden entdeckt, geweckt, Erfindungen, verbesserte Verfahren werden gehandelt, der Markt stimuliert, regt an, ist Quell des fortschreitenden Wandels und führt so zu einem immer besser werdenden Lebensstandard durch Wecken und Befriedigen von immer weitergehenden neuen und sich ständig anpassenden Bedürfnissen und so zu mehr Wohlstand und auch zu mehr Arbeitsplätzen.

Der Markt könnte fast alle realistischen Wünsche befriedigen, zum wachsenden Wohlstand führen, wenn es nicht die Störenfriede und Marktfeinde gäbe. Dass der Markt nicht optimal funktioniert, liegt an uns, weil ständig irgendwo Menschen, die Politik, dem Markt in den Arm fallen, ihn behindern, lenken wollen, Ziele verfolgen wollen. All das ist falsch. Ich wiederhole hier nochmals das Beispiel von den Fußballregeln, weil das Verständnis für diesen Zusammenhang so wichtig ist.

Genau, wie ein Fußballspiel in Regeln ablaufen muss, braucht der Markt seine Marktordnung. So wie der Fußball Linien- und Schiedsrichter mit der Macht zur Ahndung der Übertretung braucht, müssen dafür eingesetzte staatlich legitimierte

Organe Übertretungen korrigieren und ahnden können und auch müssen. Aber sowenig, wie der Schiedsrichter spielgestaltend wirken darf, sowenig darf der Staat, bei ordnungsgerechtem Verhalten der Marktteilnehmer, in den Markt eingreifen.

Je mehr Menschen diese Zusammenhänge verstehen, desto größer wird die Chance, die Situation zu verbessern. Wie wichtig das Vorhandensein von Regeln für den Markt ist, konnten alle ab 2007 sehen beim Betrachten des unregulierten Teils des Finanzmarkts. Siehe Aufsatz „Finanzmarktkrise“ aus 2008. Hier beschränke ich mich auf einige Anmerkungen:

Keine, oder eine zu schwache Marktordnung voller Löcher, hat nicht die Kraft an einem Markt bei Gegenwind die Interessen auszubalancieren. Die Grenzen des Marktes werden fließend bis hin zur Anarchie. Wenn zu lasche Ordnung und zu lasche Kontrolle zusammenfinden, potenzieren sich die negativen Auswirkungen. Ein global agierendes System, wie die Finanzwirtschaft, braucht einen global funktionierenden Ordnungsrahmen, dessen Einhaltung weltweit auf vergleichbarem Niveau kontrolliert und gegebenenfalls mit vergleichbaren Sanktionen durchgesetzt wird. Bisher hat die Politik in diesem Bereich versagt, weltweit. Je größer der Zeitabstand zu 2007/08 wird, je größer wird der Widerstand gegen die ordnungspolitisch dringend gebotene gesetzliche Rahmensetzung. Selbst isoliert für den Euroraum scheint dies zu misslingen. Wichtig ist, das Optimum, den Weg dort hin, zu kennen und zu wollen. Nur dann kann sich die Politik dem Optimum nähern.

Heute beweist die Situation der öffentlichen Haushalte, die Richtigkeit dieser Theorie. Einerseits fehlen die Regeln, andererseits gibt es die zwar im Einzelfall nicht immer bedeutenden, aber durch ihre Summe den Markt beeinflussenden politischen Angriffe auf seine Funktion. Zusammen haben sie das Fundament der Leistungsfähigkeit nicht nur unseres Staates in Mitleidenschaft gezogen.

Der Markt ist das einzige autorisierte Forum, das demokratisch über Angebot und Nachfrage der Individuen entscheidet und soweit als möglich ausgleicht. Der Markt duldet keine anderen, keine politisch bestimmten Foren neben sich.

Die den Markt begleitenden Gesetze müssen alle Gefahren vom Markt fernhalten, insbesondere die Kartellbildung. Die nationale, sowie die EU-Kartellbehörde muß im Rahmen der Gesetze unabhängig von politischem Einfluß entscheiden können. Der kritische Punkt der Kartellbildung ist von Branche zu Branche verschieden, immer dann erreicht, wenn die Balance der Parameter sich zum Nachteil der jeweiligen Nachfrager verändert. Handel und Dienstleistungen über die Staatsgrenzen hinaus dürfen nicht behindert werden. Es ist außenpolitisch durchzusetzen, daß er auch von anderen Staaten nicht behindert wird. Ausnahmen sind möglich, z.B. für Waffen, Atomanlagen, Drogen, usw.

Die absolute Unabhängigkeit der EZB muss wieder hergestellt werden. Das ist die Voraussetzung für eine nachhaltige Prosperität der Wirtschaft und dauerhaften Wohlstand der Bürger. In immer kürzeren Intervallen führen uns die USA vor, wo

es hinführt, wenn eine Zentralbank gleichzeitig für die Währung und die Prosperität der Wirtschaft Verantwortung tragen soll und dabei auch noch unter politischen Einfluss gerät. Beide Ziele sind nicht miteinander vereinbar. Die Prosperität der Wirtschaft gedeiht nur auf dem Boden einer gesunden Währung.

Menschen, die ihre Bedürfnisse nicht durch Teilnahme am Marktgeschehen befriedigen können, muß solidarisch geholfen werden. Dies ist eine Verpflichtung aus unserer bis in die Frühzeit der Geschichte der Menschen zurückreichenden Kultur. Aber nach sorgfältiger Prüfung darf nur denen geholfen werden, die ihre Bedürfnisse tatsächlich anders nicht befriedigen können und auch nur, soweit wie sie diese selbst nicht befriedigen können. Weitergehende Hilfe ist unsozial gegenüber denen, die die Sozialleistungen mit ihrer Arbeit erwirtschaften. Der Blick für diesen Zusammenhang ist durch die Anonymität der Sozialleistungen weitgehend verloren gegangen. Für Bürger und Unternehmen, die mit dem von ihnen Erarbeiteten die soziale Versorgung anderer sichern, ist es leistungsdemotivierend, wenn leistungsfähige Mitbürger sich von ihnen ohne Gegenleistung alimentieren lassen können. Solidarität darf keine Einbahnstraße sein. Das Erschleichen von Sozialleistungen muß von der Gesamtgesellschaft als unsolidarisch gebrandmarkt werden und als Betrug geahndet werden.

Eine Unterstützung, die über das im vorigen Absatz Beschriebene hinausgeht, bewirkt u.A.:

Dem Markt werden durch Alimentierung Unberechtigter die Teilnehmer, Verbraucher, Bedarf, und Umsatz, entzogen, das Bruttosozialprodukt sinkt und damit das Gemeinnutzaufkommen, den wirklich Bedürftigen steht weniger zur Verfügung. Wenn bekannt wird, daß man seine Bedürfnisse befriedigen kann, ohne am Markt mitwirken zu müssen, ohne selbst Leistungen zu erbringen, hat dies eine Sogwirkung. Die Gene der Menschen sind auf die Befriedigung seiner Bedürfnisse ausgerichtet. Gene sind egoistisch und nicht auf Solidarität ausgerichtet. Solidarität entsteht erst durch Kultur. Finden Menschen einen leichteren Weg, als die beschwerliche aber gesellschaftsdienliche Teilnahme am Markt, wozu selbstverständlich auch der Arbeitsmarkt gehört, werden sie diesen Weg zu ihrem Vorteil nutzen, auch wenn fast jeder Einzelne für sich selbst solches Verhalten verbal ausschließt. Altruismus begegnen wir bei Einzelpersonen selten, gelegentlich auch in Organisationen, aber in Volkswirtschaften und am Markt wäre die Hoffnung auf altruistisches Verhalten völlig fehl am Platze. Es wäre sogar ein Störfaktor, denn der Egoismus der Individuen ist nicht verwerflich, sondern der Motor des Fortschritts.

Hayek hatte recht. Ungleichheit ist nicht bedauerlich, sie hält den Markt in Bewegung. Erst die Möglichkeit zur Ungleichheit im Ergebnis des wettbewerblichen Handelns erzeugt die Motivation aufsteigen zu wollen, und versetzt die Aufsteiger in die Lage, denen, die den Aufstieg nicht schaffen, die soziale Sicherheit zu gewährleisten.

An der geschilderten Situation ist zu erkennen, welche schlimme Folgen eine den Menschen über das notwendige Maß umsorgende Gesetzgebung hat. Dieser Konflikt muß von der Gesetzgebung vermieden werden. Voraussetzung ist, daß diese Problematik erkannt und verstanden wird. (Siehe Lincolns Botschaft)

In der Außenpolitik, bei der Entwicklungshilfe, setzt sich die Meinung durch, daß Hilfe zur Selbsthilfe und Anleitung zur Selbstversorgung, der Alimentierung vorzuziehen sind. Es gibt jedoch keine Anzeichen dafür, daß auch die Sozialpolitiker in den Parteien erkannt hätten, daß wir innerhalb der Bundesrepublik und anderer Volkswirtschaften das gleiche Problem haben. Mit der Alimentierung arbeitsfähiger gesunder Menschen zerstören wir langfristig deren Motivation, aber auch ihre Spielräume, das eigene Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Sozialhilfe dort, wo die Bedürftigkeit nicht nachgewiesen ist, verstößt gegen die Menschenwürde.

Zusammenfassend sage ich:

Entwickelt sich eine Kultur in möglichst großer Übereinstimmung mit den genetischen Prägungen der Menschen, so wird sie von den Genen unterstützt und gefördert, sie setzt sich durch. Die Kultur bringt eine Blütezeit. Unterdrückt eine Kultur die Gene, wird sie gegen diese erzwungen, werden letztendlich immer die Gene die Übermacht gewinnen. Diese Kultur wird scheitern, sie bringt Verarmung und Elend. Wie eine dazwischen lavierende Politik zu einem sehr unbefriedigenden Ergebnis führt, dafür bietet das Schicksal der Bundesrepublik durch die schleichende

Missachtung der Ordnungspolitik als Entscheidungsbasis beeindruckendes Anschauungsmaterial.

Die Ungleichheit der Individuen und ihrer Lebensverhältnisse sowie ihr Streben nach Verbesserung ist der Motor, der Antrieb für die Evolution, die Ursache für die positive Entwicklung der Menschheit. Das weitverbreitete Streben nach Gleichheit, worunter oft sehr Unterschiedliches verstanden wird, ist kontraproduktiv. Ein praktisches besonders anschauliches Beispiel ist neben anderen der Ergebnisvergleich zwischen der Kultur Markt und der Kultur Marxismus – Sozialismus.

Sozialismus als Kulturphilosophie.

Warum bringt Marxismus/Sozialismus soziale Rückschritte? In der Marktwirtschaft ist der Mensch selbstverantwortliches Individuum mit sozialer Verantwortung für die Gesamtheit. Im Sozialismus ist er Zwangsmittglied des Kollektivs mit Ansprüchen an die Gesamtheit des Kollektivs.

Marxismus basiert auf einer Lehre, die eben nicht, wie behauptet wird, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht, im Gegenteil, die reine Lehre verlangt die Subjektivität der sie vertretenden „Wissenschaftler“. Darüber hinaus läßt der

Marxismus der Evolution keinen Raum. Seiner Lehre zu Folge entwickelt sich die Zukunft nach den Gesetzen des Marxismus. Das Ergebnis ist die Knebelung und damit die Beschränkung der Zukunft. Die Politik aller sozialistischen und eingeschränkt auch der sozialdemokratischen Parteien ist der permanente Kampf gegen die genetische Prägung des Menschen. Sie gründen Ihre Entscheidungen nicht auf den heutigen volkswirtschaftliche Erkenntnissen, sondern ihre Entscheidungen treffen sie auf der Basis ihres ideologischen Weltbildes verknüpft mit praktisch und theoretisch widerlegten Hypothesen.

Kann Sozialismus mit den durch unsere Gene bedingten Vorgaben trotzdem noch ein positives Verhältnis finden? Marx selbst sagte, "Voraussetzung für die Verwirklichung des Sozialismus sei, daß der Mensch ein sozialistisches Bewusstsein entwickle". Damit bestätigt Marx, daß Mensch und Sozialismus damals und jetzt nicht kompatibel sind.

Was wir heute wissen, er aber noch nicht wissen konnte, das "Bewusstsein", daß er verändern wollte, ist das von seinen Genen geprägte Verhalten des Menschen. Das ist aber nicht veränderbar. Selbst wenn die Genforschung in der Zukunft den Weg dazu freimachen würde, führte dies nicht zu einem den Menschen dienlichen Sozialismus, sondern die so veränderten Menschen wären der lebenserhaltenden und der die Evolution unterstützenden Motivation beraubt. Ein solcher Krüppel-Mensch hätte keine Überlebenschance. Im vorausgegangenen Jahrhundert bis heute sind wir mit ausreichend vielen Beispielen konfrontiert, die beweisen, dass Sozialismus zur Verarmung der Menschen führt. Auch in Zukunft werden wir leider immer wieder neues Anschauungsmaterial geliefert bekommen.

Was geschieht, wenn versucht wird Menschen, ein Volk, oder Völker zur Annahme einer sozialistischen Kultur zu bewegen? Ich kann mir folgendes Szenario vorstellen:

Übereinstimmungen mit historischen Ereignissen sind nicht zufällig, denn die Abläufe werden immer gleich sein, denn sie können zwangsläufig nicht anders sein.

Zuerst wird für die neue Kultur geworben. Positive Verheißungen werden in den Raum gestellt. Möglicherweise gibt es danach eine demokratisch zustande gekommene Mehrheit für die Akzeptanz der Kultur. Wenn ihre Repräsentanten gewählt sind, kommt bereits die erste Hürde, der zu erstellende und auch umzusetzende Plan setzt Verhalten voraus, das nicht mit den Genen übereinstimmt. Plangerechtes Verhalten ist nie identisch mit der individuellen Motivation. Die ersten Sandkörner sind im Getriebe. Die durch die Verheißung ausgelöste Euphorie kann das noch überbrücken, aber es gibt bereits die ersten Abweichler. Sie werden als Planschädiger verleumdet, und mit Zwang eingebunden. Zum Zwang braucht man einen Apparat, der den Zwang ausübt, im Kultursystem bilden sich die ersten repressiven Elemente. Pläne für nicht Planbares sind immer unzulänglich. Die mit der Planumsetzung befassten, erkennen dies, Korrektur ist nicht erlaubt, Kommunikation darüber wird als Subversion verleumdet, die Medien werden

zensiert. Der Plan ist nicht nur Ziel, er wird (Zwangs-) Weg. Es knirscht im Getriebe, es gibt unnötigen Ressourcenverbrauch und Ineffizienz. Die negativen Folgen der Ineffizienz wachsen auch dann, wenn durch Implantierung von Regelungsinstrumentarien aus anderen Kulturphilosophien die eigene Philosophie gerettet werden soll, (China) es sei denn, das Implantat gerät außer Kontrolle und löst die Herrschaftsinstrumente der Zwangskultur ab. Wird aber von dieser rechtzeitig gegengesteuert so führt dies zum Anwachsen des Repressionsapparats. Nach außen, gegenüber anderen Kultursystemen, schirmt sich das System ab. Es bildet sich ein quasi potemkinscher Ballon, der gegenüber anderen Kulturen nur zeigt, was er zeigen will. Das kann lange währen, Jahrzehnte, und noch länger, bis die Ressourcen verbraucht sind und es zur Implosion oder Explosion kommt. Wer wird der Nächste sein? Kuba? Korea? In Südamerika, Venezuela, haben sich schon neue Ballons weit entwickelt. Wohin wird sich der Islam entwickeln?

Nichtübereinstimmung zwischen Genen und Kultur führen immer zu einem evolutionären Stau. Das Spannungsfeld zwischen beiden reagiert quasi nach physikalischen Gesetzen, wenn die Masse an einen kritischen Punkt kommt, reicht ein Tropfen um den Evolutionsstau zu beseitigen. Die Beseitigung eines evolutionären Staus ist keine Revolution. So war aus meiner Sicht z.B. die Auflösung der UDSSR und das Erlangen der Freiheit für die Vasallenstaaten einschließlich der DDR keine Revolution sondern die Beseitigung eines in 70 Jahren gewachsenen Staus. Von einer Revolution sollte erst gesprochen werden, wenn die freigesetzte Energie größer ist, als sie zur Auflösung des evolutionären Staus notwendig ist, und das Pendel lange seine Mitte nicht findet, wie z.B. bei der französischen Revolution.

Marxismus, Sozialismus, Kommunismus ist zusammengebrochen. Überall liest und hört man, er wird für tot und überwunden erklärt, was nicht nur aus wirtschaftspolitischer Sicht richtig ist, aber außer Ansatz lässt, daß es sich um eine Ideologie handelt und eine Ideologie nicht scheitert, wenn und weil sie materiell scheitert. Wir müssen schon wieder hören, er sei nur gescheitert, weil er nicht richtig umgesetzt worden sei. Die Ideologie wird gepflegt und wieder aufgepäppelt. Deshalb ist dringend notwendig diese Ideologie philosophisch zu widerlegen. Heute sind die Marxisten das, was vor 300 Jahren die Alchimisten waren. Die wollten damals Gold aus und mit untauglichen Mitteln herstellen, so wie heute die modernen Alchimisten soziale Sicherheit und Wohlstand aus und mit untauglichen Mitteln herstellen wollen.

Das Marxsche Denkgebäude ist eine Philosophie, die einen in sich schlüssigen Eindruck macht, falsch ist sie trotzdem, weil Marxismus ein frei schwebendes Denkgebäude ist, ohne Bezug zur realen Welt. Marx hat mit seinen falschen Prognosen mehrere hundert Millionen in die Wüste seines Denkens geführt, wo sie von ihren Führern ermordet wurden. Dafür trägt er die Verantwortung. Die weitverbreitete Erkenntnis, daß diese Philosophie falsch ist, weil sie von nicht vorhandenen Prämissen ausgeht, wird, wenn sie nur partikular widerlegt wird, ihre

Anhänger nicht überzeugen. Das historische Scheitern reicht nicht. Marx muß auch insgesamt theoretisch widerlegt werden. Die Anhänger von Marx werden versuchen in ihrem Denkgebäude alles Fremde zu eliminieren wie Ameisen in ihrem Bau.

Die Chancen des Einzelnen sich gegen „seine“ Kultur, über die Anforderungen „seiner“ Kultur hinaus zu entwickeln, aus ihrem Kreis herauszutreten, sind gering. Es bedarf einer außergewöhnlichen Persönlichkeit. Deshalb gibt es wenige Menschen a la Mutter Theresa. Offensichtlich wesentlich einfacher ist es, die Kultur am anderen Ende der Werteskala zu überwinden.

Viele werden sagen, einen solchen Markt gibt und gab es nie. Sie haben recht. Kein Leben folgt einem Drehbuch, auch der Markt ist Leben. Ich habe aber auch beschrieben, wie robust ein Markt auf Unterdrückung reagiert, er geht in den Untergrund, mutiert zum grauen oder schwarzen Markt. Ich will aber mit diesem Aufsatz zeigen, um wie viel es uns allen besser ginge, wenn die Marktregeln respektiert würden und der Markt sich darin frei entfalten könnte.

November 2010